

# TIBET 360°

INFORMATIONEN | MEINUNGEN | ANALYSEN



AUSGABE 4 | 2023



Enttäuschung nach Konsultationen

4 Einzelfall:  
Rachung Gedun

2 Sinisierung  
des tibetischen  
Buddhismus



# ENTTÄUSCHUNG NACH KONSULTATIONEN

## Editorial



Kai Müller,  
ICT-Geschäftsführer

Foto: Yan Revazov

Wem der Koalitionsvertrag der Ampel noch im Gedächtnis ist, der rieb sich vielleicht die Augen. Nach der Bundestagswahl wollten SPD, Grüne und FDP „mehr Fortschritt wagen“. Für die Außenpolitik bedeutete das auch die Erarbeitung einer „umfassenden China-Strategie“. Demnach wollte man „Chinas Menschenrechtsverletzungen klar thematisieren.“ Das ließ aufhorchen. Erstaunlich wenig war davon zuletzt bei den Deutsch-Chinesischen Regierungskonsultationen zu erkennen. Sie waren aus menschenrechtlicher Sicht enttäuschend.

Das weitgehende Ausbleiben von spürbaren Konsequenzen für die chinesische Regierung aus ihrer fortdauernd repressiven Politik hat dazu geführt, dass sich die Kommunistische Partei offensichtlich darin bestätigt fühlt, ihren harten Kurs im Inneren noch zu verstärken. Die Repressionen in Ostturkestan, in Tibet und in Hongkong sind ein Seismograph dafür, wie weit die Kommunistische Partei gehen will, auch in ihrer Außenpolitik. Umso mehr darf es ein Weiter-so gegenüber China nicht geben.

Diese Erkenntnis war im Statement des Bundeskanzlers vor der Presse in Berlin, die er zu einer „Pressebegegnung“ geladen hatte, nicht zu erkennen. Konkrete

Kritikpunkte gab es nicht und es blieb bei formelhaften Statements, die erkennbar der chinesischen Seite nicht wehtun sollten. Genauso überrascht die Abwesenheit jeglicher Bezüge zur Situation der Menschen in Tibet und Hongkong. Noch im April hatte ein Vertreter des Außenministeriums im Deutschen Bundestag erklärt, die chinesischen Behörden verletzen im Rahmen ihrer gegen die tibetische Sprache, Kultur und Religion gerichteten Assimilationspolitik systematisch Menschenrechte. Nichts davon zu hören – nicht einmal ansatzweise – in der „Pressebegegnung“, bei der Fragen der Medienvertreter auf Wunsch der chinesischen Seite nicht gestattet waren. Ein Kotau des Kanzlers, mit erheblichen Nebenwirkungen.

Zu begrüßen wäre, dass die lange erwartete China-Strategie der Bundesregierung andere Akzente setzt. Viel Hoffnung besteht nach den Deutsch-Chinesischen Regierungskonsultationen freilich nicht mehr.



### Mehr Informationen:

Gastbeitrag von Kai Müller in der FR:

<https://bit.ly/3VJ1k6>

## TIBET IM MENSCHENRECHTSRAT

Nachdem sich sowohl der UN-Sozialausschuss und der UN-Ausschuss über die Frauenrechtskonvention besorgt über die Lage in Tibet geäußert und deutliche Forderungen an die chinesische Regierung gestellt hatten, war Tibet auch Thema bei der 53. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates in Genf.

UN-Hochkommissar Volker Türk hat in seinem Update an den Rat unter anderem Sorge über die Assimilierungspolitik der KP in Tibet geäußert, welche die Identität des tibetischen Volkes untergraben würde. Türk hatte bereits in der März-Sitzung des Rates Tibet in seine Erklärung aufgenommen und damit die Positionierung seiner Vorgängerin Michelle Bachelet revidiert. Bachelet hatte in ihrer vierjährigen Amtszeit in ihren Updates an den Rat zur Situation in Tibet geschwiegen. Die USA, Australien, Tschechien, Deutschland, die

Schweiz, Schweden und Großbritannien äußerten sich ebenfalls zur Lage in Tibet. Aus der Zivilgesellschaft sprachen das Tibet Büro in Genf und die International Campaign for Tibet zu den Zwangsinternaten, den „Arbeitsprogrammen“ in Tibet sowie zur Zwangsansiedlung großer Teile der tibetischen Landbevölkerung. ICT weist insbesondere auf das bevorstehende Länderprüfungsverfahren Chinas im Rat hin, das im Januar 2024 durchgeführt wird.



### Mehr Informationen:

ICT-Pressemitteilung vom 6. März 2023:

<https://bit.ly/3ZR9PCB>

# SINISIERUNG DES TIBETISCHEN BUDDHISMUS



## BEHÖRDEN ZWINGEN MÖNCHEN, DEM DALAI LAMA ABZUSCHWÖREN

„Wir werden uns rigoros gegen die Dalai-Lama-Clique einsetzen und dem Land [China] gegenüber loyal und ergeben bleiben.“, so lautet der Text einer Erklärung, die tibetische Mönche kürzlich im Kloster Shartsa auf einer Wandtafel unterschreiben mussten (siehe Foto). Erst im vergangenen Jahr hatten die chinesischen Behörden eine Bestimmung erlassen, die von öffentlichen Bediensteten in Tibet verlangte, ihre Verbindungen zum Dalai Lama zu kappen. Diese Voraussetzung für eine Anstellung im öffentlichen Dienst scheint die chinesische Regierung nun auch auf tibetisch-buddhistische Klöster auszuweiten, um die Sinisierung tibetischer Klöster weiter zu forcieren.

Anfang Juni seien unter dem Vorwand, die Sicherheit zu gewährleisten, Klöster in den Landkreisen Shentsa und Sok durchsucht worden, so ein im Exil lebender Tibeter. Dabei hätten die Behörden „alle Unterkünfte der Mönche und die wichtigsten Heiligtümer in den Klöstern“ durchsucht. Die Landkreise Shentsa und Sok gehören verwaltungsmäßig zur sogenannten Autonomen Region Tibet (TAR), die ungefähr die Hälfte der Fläche des historischen Tibet umfasst. Im Kloster Shartsa seien die Mönche gezwungen worden, öffentlich ihre Verbindung zum Dalai Lama zu widerrufen und sich Anti-Dalai-Lama-Gruppen anzuschließen, berichtete Radio Free Asia (RFA).

Bei ihren Durchsuchungen hätten die chinesischen Behörden sogar die Gebetsmanuskripte und -bücher der Mönche untersucht und auch Gebetsfahnen von buddhistischen Schreinen entfernt. Einer Quelle zufolge seien die Durchsuchungen „ohne jegliche Vorwarnung“ durchgeführt worden. Die Mönche der betroffenen Klöster seien zu einem Treffen vorgeladen worden, bei dem man sie gezwungen habe, „Dokumente zu unterschreiben, in denen sie dem Dalai Lama und dem Separatismus abschwören“ mussten.

Eine weitere Maßnahme, mit der die chinesische Regierung die Sinisierung des tibetischen Buddhismus massiv vorantreibt, ist die Indoktrinierung tibetischer Nonnen und Mönche mit der Ideologie der Kommunistischen

Partei. Das belegen besonders deutlich zwei Veranstaltungen aus den vergangenen Wochen. So hat die Einheitsfrontabteilung der Kommunistischen Partei Chinas unlängst in der Präfektur Shannan einen „Wissenswettbewerb“ für tibetische Mönche und Nonnen organisiert, bei dem diese ihre Kenntnis der Parteiideologie unter Beweis stellen mussten.

Wie chinesische Staatsmedien berichten, sei es bei dem „Wettbewerb“ unter anderem um den „Geist des 20. Nationalkongresses“ der Kommunistischen Partei und deren „ethnische und religiöse Politik“ gegangen. Daran teilgenommen hätten 13 religiöse Institutionen mit insgesamt 39 Mönchen und Nonnen aus der im Südosten der sogenannten Autonomen Region Tibet (TAR) gelegenen Region.

Ein Mitarbeiter des Büros der sogenannten „Drei-Bewusstseins-Bildungsgruppe“ charakterisierte den Zweck der Propagandaveranstaltung folgendermaßen. Es gehe darum, Mönche und Nonnen dazu anzuleiten, die „Politik der Partei kennenzulernen, für die Fürsorge der Partei dankbar zu sein sowie eine aktive Rolle in der religiösen Gemeinschaft zu spielen“.

Ziel sei dabei außerdem gewesen, „ein festes Fundament des gemeinsamen Denkens zu legen und kontinuierlich einen festen Sinn für die chinesische nationale Gemeinschaft zu schmieden“, so der Bericht der Staatsmedien.

Unklar bleibt indes, ob die religiösen Institutionen, bei denen es sich offenbar zumeist um Klöster handelte, aus freien Stücken an der Prüfung teilgenommen haben. Anzunehmen ist jedoch, dass eine Verweigerung zu negativen Konsequenzen führen dürfte. Aus Sicht der International Campaign for Tibet handelt sich dabei offenkundig um ein systematisches Vorgehen der chinesischen Behörden.



### Mehr Informationen:

RFA-Bericht vom 26. Juni 2023::

<https://bit.ly/3JDBAcg>

Bericht chinesischer Staatsmedien vom 30. Mai 2023:

<https://bit.ly/3CTeyKR>

# RACHUNG GEDUN WEGEN SPENDEN VERURTEILT

# 4

Der tibetische Mönch Rachung Gedun wurde laut übereinstimmenden Berichten tibetischer Quellen am 1. April 2021 im Kirti-Kloster im Landkreis Ngaba (Provinz Sichuan) von der chinesischen Polizei festgenommen. In den ersten drei Monaten nach seiner Inhaftierung erhielt seine Familie von den chinesischen Behörden zunächst keinerlei Informationen über seinen Aufenthaltsort oder seinen gesundheitlichen Zustand. Über die näheren Umstände seiner Verhaftung gab es ebenfalls längere Zeit kaum Informationen.

Erst im Juli 2022 wurde bekannt, dass Rachung Gedun offenbar ohne rechtmäßiges Verfahren zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt wurde, weil er Spenden an den Dalai Lama und an Kirti Rinpoche, Leiter des

## PROTEST GEGEN „PATRIOTISCHE ERZIEHUNG“

Klosters Kirti, ins Exil nach Indien geschickt hatte. Ein weiterer Grund für seine Verurteilung war offenbar laut einem Bericht von Radio Free Asia (RFA), dass er sich immer wieder entschieden gegen die „Kampagne zur patriotischen Erziehung“ der chinesischen Regierung geäußert hatte. Demnach war Rachung Gedun aufgrund seiner Proteste gegen das ideologische Schulungsprogramm für Tibeter bereits zuvor über mehrere Monate von der chinesischen Polizei in Untersuchungshaft genommen und verhört worden.

Rachung Gedun wurde gemeinsam mit Sonam Gyatso, einem weiteren hochrangigen Geistlichen des Kirti-Klosters, verurteilt, dem ebenfalls vorgeworfen wurde, Spenden an den Dalai Lama und Kirti Rinpoche ins Ausland geschickt zu haben. Kontakte ins Exil und vor allem zum Dalai Lama, dem religiösen



Oberhaupt der tibetischen Buddhisten, werden von den chinesischen Behörden in der Regel als „separatistische Straftat“ betrachtet und besonders hart geahndet. Dabei reicht oft der Verdacht eines Kontaktes ins Ausland oder der Besitz von Bildern des Dalai Lama.

Richtung Gedun und Sonam Gyatso verbüßen ihre Haftstrafen derzeit im Mianyang-Gefängnis in der Nähe der Stadt Chengdu in der Provinz Sichuan. Seit mehr als einem Jahr dürfen sie nicht von ihren Familien besucht werden. Die beiden Mönche sind Inhaber des sogenannten Geshe-Grades und damit eines der höchsten akademischen Ränge im tibetischen Buddhismus.

Vor einem Jahr wurde außerdem Sonam Gyatsos ältere Schwester Tsering Lhamo, die zu diesem Zeitpunkt für eine Bank im Kreis Ngaba arbeitete, ohne erfindlichen Grund von den chinesischen Behörden inhaftiert. Auch über ihren Verbleib und ihr Wohlbefinden gebe es bis heute keine weiteren Informationen, so ein Exil-Tibeter zu RFA.



## Mehr Informationen:

RFA-Bericht vom 7. November 2022:

<https://bit.ly/3LyWSYJ>

Datenbankeintrag der U.S. Commission on International Religious Freedom:

<https://bit.ly/3NtWwne>

## Impressum TIBET<sup>360</sup>

**Herausgeber:**  
International Campaign for Tibet  
Deutschland e.V.  
Schönhauser Allee 163  
10435 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 / 2787 9086  
Fax: +49 (0) 30 / 2787 9087  
info@savetibet.de  
www.savetibet.de

**V.i.S.d.P.:** Kai Müller

**Stand:** 4. Juli 2023

**Druck:** Arnold Group, Großbeeren



## +++newsTICKER+++



Quelle: Chinesische Staatsmedien

**KP Chinas zwingt tibetischen Kindergartenkindern ihre Ideologie auf:**

<https://bit.ly/447xqSk>



Quelle: RFA

**Zwangsinternate - Kanadische Parlamentarier fordern Sanktionen:**

<https://bit.ly/3NADoUK>

**Folter und Misshandlung - ICT weist auf erschreckendes Muster hin:**

<https://bit.ly/447fHKt>

**Propagandaforum der KP Chinas über Tibet mit deutscher Unterstützung:**

<https://bit.ly/3r8AChL>

## Newsletter

Die International Campaign for Tibet versendet regelmäßig per E-Mail aktuelle Informationen über Tibet und die Arbeit der ICT.

<https://savetibet.de/newsletteranmeldung/>



**INTERNATIONAL  
CAMPAIGN  
FOR TIBET**